

Syrien in der Reanimation – Deutschland im Fachkräftemangel

Mahmoud Abulahem

Warum vorschnelle Rückführungen für Syrer*innen gefährlich und für Deutschland selbstschädigend sind

Wo ist eigentlich „Heimat“, wenn das eine Land noch in Trümmer liegt – und das andere längst auf dich baut? Und welche Verantwortung gilt Deutschland, wenn die „Gäste auf Zeit“ in- zwischen Nachbar*innen, Kolleg*innen und Mitbürger*innen geworden sind?

Die Zeichen stehen gut, dass die Zeit der Diktatur in Syrien vorbei ist, aber Landminen, zerstörte Städte und große Armut machen aus dem offiziellen Neuanfang noch längst kein sicheres Zuhause für die Menschen. Wenn deutsche Politikerinnen und Politiker heute über die „Rückkehr nach Syrien“ sprechen, verunsichern sie auch vermeintlich gar nicht gemeinte Menschen – etwa die Ärztin aus Aleppo, die in Brandenburg Nachtschichten übernimmt, oder den Handwerker aus Homs, der in Kiel Lehrlinge ausbildet.

Während die Übergangsregierung in Syrien mühsam um Stabilität kämpft, haben sich Hunderttausende Syrerinnen und Syrer in Deutschland längst ein neues Leben aufgebaut. Sie zahlen Steuern, gründen Unternehmen und helfen, den Fachkräftemangel zu verringern.

Vierzehn Monate nach dem Sturz von Bashar al-Assad regiert Syrien unter einer

neuen Übergangsregierung um Stabilisierung. Präsident Ahmed Al-Sharaa, der im Dezember 2024 nach dem Ende der Assad-Herrschaft an die Spitze einer Übergangsregierung gelangte, soll das Land politisch neu ordnen, Sicherheit herstellen und einen wirtschaftlichen Neustart ermöglichen. Internationale Analysen zeichnen ein Bild eines vorsichtigen Aufbruchs, aber auch tiefer struktureller Probleme, die sich nicht in wenigen Monaten lösen lassen (Arab Center 2025; EUAA Country Focus 2025).

Während Syrien noch mit dem Wiederaufbau kämpft, wird in Deutschland heftig darüber diskutiert, ob und wie viele syrische Geflüchtete zurückkehren sollten. Ende September 2025 lebten laut Ausländerzentralregister fast 950.000 syrische Staatsbürger in Deutschland – nach den Ukrainer*innen die zweitgrößte Flüchtlingsgruppe im Land. Viele von ihnen arbeiten inzwischen, machen eine Ausbildung oder studieren. Deshalb geht es bei der Debatte um viel mehr als die Frage, ob Syrien „formell sicher“ ist – es geht auch darum, was eine Rückkehr für Menschen bedeutet, die sich längst in Deutschland eingelebt und integriert haben.

Politische Lage seit dem Sturz Assads

Nach der Absetzung Assads im Dezember 2024 übernahm eine Übergangsregierung unter Ahmed al-Sharaa, die sich zur Einrichtung eines inklusiveren politischen Systems verpflichtet hat (Arab Center 2025; EUAA 2025), die Macht. Übergangsinstitutionen, ein angekündigter Verfassungsprozess und Versuche, verschiedene oppositionelle und regionale Akteure einzubinden, signalisieren

einen Bruch mit der alten Machtstruktur – zumindest auf dem Papier.

Gleichzeitig betonen Berichte von Human Rights Watch, dass die Rolle der Sicherheitsapparate, die Aufarbeitung früherer Verbrechen und der Umgang mit politischen Gefangenen weiterhin offene Baustellen sind (HRW World Report 2026). Auch die Analyse der European Union Agency for Asylum (EUAA) hält fest, dass zwar neue Akteure sichtbar werden, aber viele alten Netzwerke, Milizen und Geheimdienste fortexistieren und die tatsächliche Machtverteilung komplex und regional sehr unterschiedlich ist (EUAA Country Focus 2025).

Die politische Situation ist noch im Wandel: Es gibt Veränderungen, vor allem auf dem Papier und in neuen Institutionen. Doch viele Syrerinnen und Syrer fragen sich, ob daraus jemals ein verlässlicher Rechtsstaat wird, in dem sie sicher leben können.

Sicherheit in Syrien für Rückkehrer*innen

Im Vergleich zur Hochphase des Krieges ist die landesweite Intensität der Kampfhandlungen zurückgegangen. Dennoch beschreibt die EUAA die Sicherheitslage weiterhin als angespannt und regional sehr unterschiedlich. In einigen Gebieten dominiert die Übergangsregierung, in anderen behalten kurdisch geführte Kräfte, lokale Milizen oder verbliebene islamistische Gruppen erheblichen Einfluss (EUAA 2025). Besonders Minderheiten beklagen, dass es immer wieder zu Gewalt und opferreichen Kampfhandlungen kommt.

Ein gravierendes Problem sind Rückstände explosiver Kampfmittel. Laut Human Rights Watch wurden seit dem

Sturz Assads im Dezember 2024 über 600 Menschen durch Landminen und andere explosive Überreste getötet oder verletzt; ein erheblicher Teil der Opfer sind Kinder (HRW 2025). UN-Organisationen schätzen, dass ein sehr großer Teil der Bevölkerung in irgendeiner Form durch Minen oder unexplodierte Munition gefährdet ist (UNMAS, Landmine Monitor). Medienberichte und internationale NGOs dokumentieren Hunderte weiterer Opfer allein im Jahr 2025, oft in Regionen, in die Vertriebene nach dem Regimewechsel zurückkehren (z.B. Guardian 2025; ICRC-Daten).

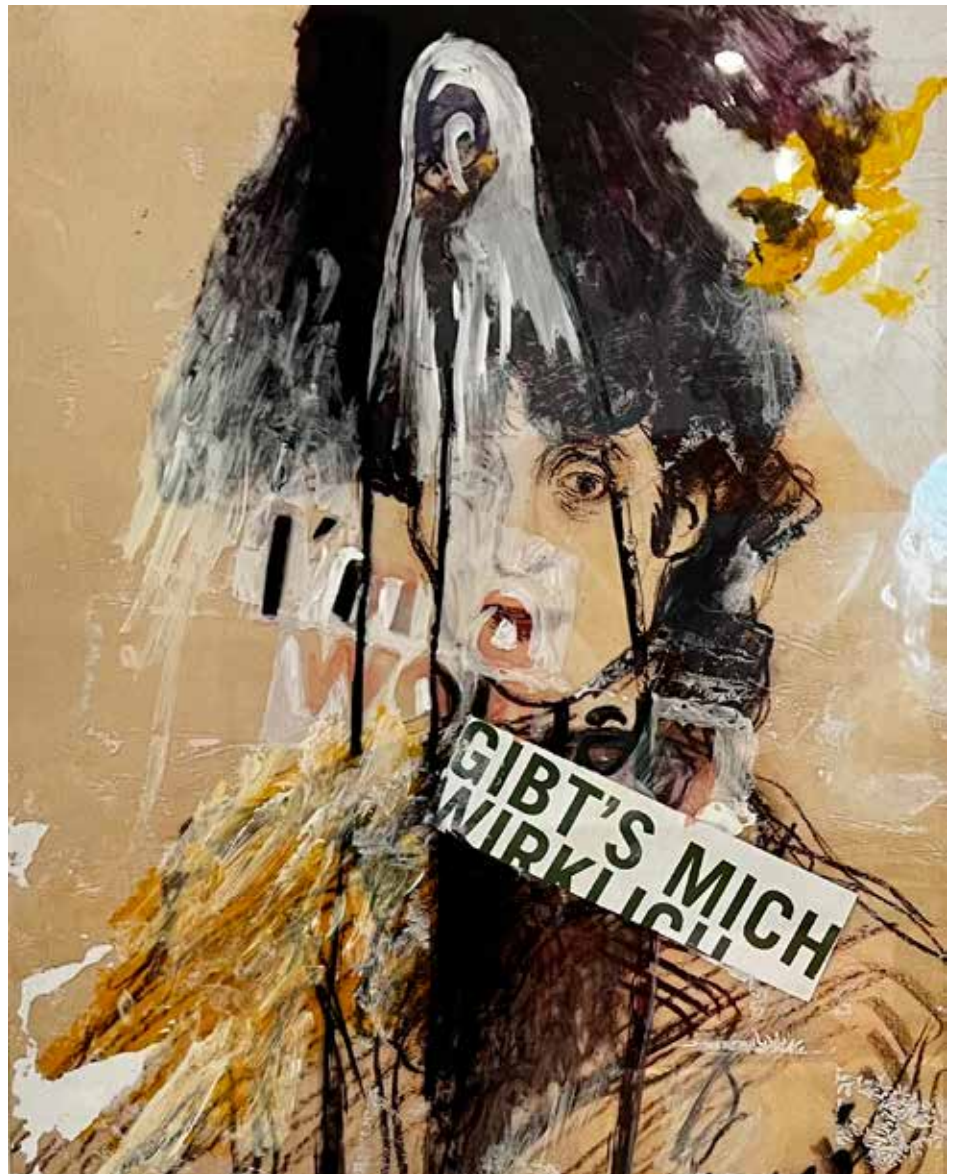
Hinzu kommt die massive Zerstörung von Wohnraum und Infrastruktur. Ein Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), zitiert im EUAA-Länderbericht, geht davon aus, dass etwa 50 Prozent der Infrastruktur in Syrien zerstört oder funktionsunfähig ist (UNDP 2025). Viele Stadtviertel sind unbewohnbar; Krankenhäuser, Strom- und Wasser-netze sind nur eingeschränkt funktionsfähig. Was für Rückkehrer*innen bedeutet, dass sie nicht nur mit Sicherheitsrisiken, sondern auch mit gravierenden Versorgungslücken rechnen müssen.

Syrien ist also noch kein Land, in dem Menschen überall einen normalen Alltag führen können – in Sicherheit, Wohnraum, funktionierenden Behörden und guter Versorgung. Je nachdem, wo man lebt, sieht es ganz unterschiedlich aus, aber insgesamt bleibt die Lage unsicher.

Wirtschaftliche Situation

Ökonomisch bleibt Syrien schwer angeschlagen. Die Weltbank schätzt die Kosten für den Wiederaufbau auf rund 216 Milliarden US-Dollar – fast das Zehnfache der syrischen Wirtschaftsleistung des Jahres 2024 (World Bank Assessment 2025). Die Bank beschreibt, dass fast ein Drittel des Vorkriegskapitalstocks zerstört wurde, insbesondere Infrastruktur und Wohngebäude.

Gleichzeitig geht die Weltbank für 2025 von einem leichten Wirtschaftswachstum von etwa einem Prozent aus, nach einem Rückgang im Vorjahr; angesichts der Zerstörung ist dies eher ein „Atemholen auf sehr niedrigem Niveau“ als ein Aufschwung (World Bank/Reuters 2025). Die Vereinten Nationen haben bereits 2023 gewarnt, dass etwa 90 Prozent der syrischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebe (UN-OCHA 2023); neuere Einschätzungen bestätigen, dass sich diese



Metamorphose.

Quote bislang kaum verbessert hat (UN, World Bank 2025).

Ein UNDP-Gutachten weist darauf hin, dass Syrien bei der derzeitigen Dynamik sein Vorkriegs-BIP erst in Jahrzehnten wieder erreichen dürfte (UNDP 2025; EUAA 2025). Für Rückkehrer*innen bedeutet das: Arbeitsplätze sind rar, Löhne extrem niedrig, während die Preise für importabhängige Güter hoch sind. Wer in Deutschland eine gesicherte Erwerbsbiografie aufgebaut hat, würde in diese wirtschaftliche Unsicherheit zurückkehren.

Zahlenentwicklung bei Rückkehr aus Deutschland

Die politischen Debatten erwecken bisweilen den Eindruck einer großen Rückkehrbewegung. Tatsächlich zeigen die

verfügbaren Zahlen ein anderes Bild. Nach Auswertungen des Mediendienstes Integration und verschiedener Medienberichte auf Basis von Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) liegt die Zahl der Menschen, die jährlich mit Förderung über Programme wie REAG/GARP nach Syrien zurückkehren, im niedrigen vierstelligen Bereich – bei knapp einer Million syrischer Staatsangehöriger in Deutschland (BAMF/Mediendienst 2025).

Selbst wenn man von einigen tausend Rückkehrer*innen pro Jahr ausginge, bleibt der Anteil an der Gesamtgruppe deutlich unter einem Prozent. UNHCR und andere Organisationen dokumentieren zudem, dass ein Teil derjenigen, die in andere Herkunfts- oder Nachbarregionen zurückkehren, aufgrund schlechter Lebensbedingungen erneut migriert

sind oder wieder Schutz beantragt haben (UNHCR 2024–2025).

Parallel dazu hat die deutsche Politik Ende 2025 begonnen, unter bestimmten Bedingungen Abschiebungen nach Syrien wieder zuzulassen, zunächst bei Straftätern und bei gefährlich eingestuften Personen (BMI-Mitteilungen, 2025). Damit besteht eine rechtliche Öffnung für Zwangsrückführungen, obwohl internationale Organisationen zur Vorsicht mahnen.

UNHCR zu Rückführungen nach Syrien

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) hat am 16. Dezember 2024 eine aktualisierte „Position on Returns to Syria“ veröffentlicht. Darin hält der UNHCR fest, dass Zwangsrückführungen nach Syrien weiterhin nicht verantwortbar seien und Staaten von Abschiebungen absehen sollten (UNHCR 2024).

Explizit empfohlen wird, negative Asylentscheidungen restriktiv zu handhaben und sicherzustellen, dass freiwillig Zurückkehrende umfassend über die Lage in ihren Herkunftsregionen informiert sind. Rückkehr müsse „sicher, würdevoll und nachhaltig“ sein – Bedingungen, die angesichts von Sicherheitsrisiken, Minengefahr, zerstörter Infrastruktur und Armut derzeit nur in sehr begrenztem Umfang erfüllt seien (UNHCR 2024; ecoi/Asyl.net 2024).

Rolle der Syrer*innen in der deutschen Gesellschaft

Während in Syrien um Stabilität gerungen wird, hat sich die syrische Diaspora in Deutschland in den letzten zehn Jahren tief in die Gesellschaft eingefügt. Nach Daten des Mediendienstes Integration lebten Ende September 2025 etwa 948.000 syrische Staatsangehörige in Deutschland, hinzu kommen rund 244.000 Eingebürgerte seit 2016 (AZR/Mediendienst 2025).

Studien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und anderer Forschungseinrichtungen zeigen, dass sich die Beschäftigungsquoten Geflüchteter stetig an die der Gesamtbevölkerung annähern; dabei spielen Syrer*innen eine zentrale Rolle (IAB 2024). Besonders eindrücklich sind die Zahlen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln: Demnach arbeiten rund 80.000 syrische Fachkräfte in sogenannten Engpassberufen, also in Bereichen mit besonders großem Fachkräftemangel – etwa in den Bereichen Pflege, Kfz-Technik, Bau- und Elektroberufen (IW-Kurzbericht 95/2024).

Im Gesundheitswesen ist der Beitrag der syrischen Community besonders sichtbar. Laut einer IW-Auswertung auf Grundlage der Ärzttestatistik waren bereits 2024 etwa 5.300 Ärztinnen und Ärzte syrischer Herkunft in Deutschland beschäftigt; ohne sie würde sich der Fachkräftemangel in

Krankenhäusern und Praxen deutlich verschärfen (IW 2024; BÄK 2024). Die Bundesärztekammer weist Syrien als eines der wichtigsten Herkunftsländer ausländischer Ärzt*innen aus (Ärzttestatistik 2024).

Neben abhängiger Beschäftigung gibt es zahlreiche Gründungen, etwa in der Gastronomie, im Handwerk, im Handel oder in technischen Dienstleistungen. Untersuchungen zu Migration und Gründungstätigkeit deuten darauf hin, dass Menschen mit Fluchthintergrund – darunter viele Syrer*innen – überdurchschnittlich häufig Unternehmen aufbauen und damit nicht nur eigenes Einkommen, sondern auch Arbeitsplätze für andere schaffen (z.B. KfW-Gründungsmonitor, IW-Analysen).

Unterm Strich tragen Syrerinnen und Syrer in Deutschland dazu bei, den Arbeitsmarkt zu stabilisieren, den Fachkräftemangel abzumildern und das Steuer- und Sozialsystem zu stützen. Ganz genau lässt sich ihr Beitrag nicht beziffern, aber viele Studien zeigen: Sobald Geflüchtete Arbeit finden, profitiert die Gesellschaft davon.

Die politische Rückkehrdebatte

Die politische Debatte in Deutschland ist stark polarisiert. Rechte Interessengruppen sprechen von einer „Migrations-

Kostenloses Abonnement zu beziehen unter:

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V., Sophienblatt 82–86, 24114 Kiel
Tel. 0431 735000, Fax 0431 736077, office@frsh.de
Oder online lesen unter: www.frsh.de/schlepper

- Ich möchte auch in Zukunft vom Flüchtlingsrat kontaktiert und mit aktuellen Informationen versorgt werden.
- Ich habe die Datenschutzbestimmungen (s. S. 70 Der Schlepper Nr. 113) gelesen und erkläre mich mit diesen einverstanden.
- Ich möchte das Quartalsmagazin DER SCHLEPPER abonnieren und bitte um Zusendung ab Ausgabe Nummer an folgende Adresse:

Name

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

E-Mail

Telefon

Ort/Datum

Unterschrift

Der Schlepper
Magazin für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein



Moderner Harem.

wende“ und fordern, den Schutzstatus neu zu prüfen und mehr Menschen nach Syrien zurückzuführen, insbesondere solche ohne Job oder Deutschkenntnisse. Regierungsvertreter wollen Straftäter und sog. Gefährder abschieben und rechtfertigen das unter Verweis auf die neuen politischen Verhältnisse in Syrien (Bundestagsdebatten, BMI-Mitteilungen 2025).

Gleichzeitig warnen Menschenrechtsorganisationen vor einem Bruch mit völkerrechtlichen Schutzstandards und verweisen auf das Non-Refoulement-Prinzip, das Staaten verbietet, Menschen in Länder zurückzuschicken, in denen ihnen Folter, unmenschliche Behandlung oder ernsthafte Gefahr für Leib und Leben drohen (HRW 2025; UNHCR 2024).

Wirtschaftsnahe Institute und Kammern erinnern daran, dass Syrer*innen zu den wichtigsten Stützen bei der Bewältigung

des Fachkräftemangels gehören. Eine groß angelegte Rückkehrpolitik würde nicht nur Biografien zerstören, sondern auch die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Interessen Deutschlands konterkarieren (IW 2024; Mediendienst 2025).

Die Rückkehrdebatte spiegelt damit weniger eine sachliche Neubewertung der Lage in Syrien als vielmehr innenpolitische Spannungen, sicherheitspolitische Symbolik und migrationspolitische Grundkonflikte wider.

Fazit

Syrien ist Anfang 2026 noch lange kein Land, in das Menschen einfach so zurückkehren können. Es fehlt an Sicherheit, an stabilen Strukturen und an echten wirtschaftlichen Chancen. Wer zurückkehren möchte, sollte das nur freiwillig, gut infor-

miert und mit realistischen Erwartungen tun. Eine pauschale Rückkehrpolitik wäre nicht nur aus menschenrechtlicher Sicht problematisch, sondern würde Deutschland auch schaden – denn das Land ist auf junge, gut ausgebildete und integrierte Menschen angewiesen.

Die eigentliche Aufgabe der deutschen Politik sollte deshalb nicht sein, möglichst viele Menschen so schnell wie möglich zurückzuschicken. Viel wichtiger ist es, zweigleisig zu denken: Syrien beim Wiederaufbau zu unterstützen – und den Menschen, die in Deutschland längst ein neues Zuhause gefunden haben, eine sichere Zukunft zu ermöglichen.

Mahmoud Abulahem ist Referent für Soziales und Öffentlichkeit bei der Syrischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V. <https://www.sgs-h.de/>